

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abo-nenntpreis von der sog. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Lust aus der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Sonderblatt monatlich 10 Pf. Durch den Postbezirk vertrieben ab 2.7d. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 5.-. Erstchein mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags.

Redaktion: Br. Zwingerstraße 14, II. Ed. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Br. Zwingerstraße 14, Ed. 1739
Telegraphenzettel von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interrate werden die Sägewalze Seiten mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaligem Wiederholung wird Robert gerechnet. Berichtsanzeigen 20 Pf. Intervale müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im daraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 268.

Dresden, Sonnabend den 18. November 1911.

22. Jahrg.

China.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Revolution für Europa.
Der Kapitalismus hat schon längst die chinesische Mauer durchbrochen. Aber lange Zeit beschränkte er sich bloß auf den Handel mit China, der die einheimischen Produktionsverhältnisse im großen ganzen unverändert ließ. Jetzt beginnt die Umwälzung der chinesischen Wirtschaftsweise, eine Umwälzung die sowohl unter dem Druck des auswärtigen als auch des chinesischen Kapitals vor sich geht.

Die wahre nationale Industrie wird vernichtet, durch neue Industrien verdrängt. An die Stelle der alten, durch Landesgewohnheiten bestimdeten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entfernten Länder und Klima zu ihrer Verbreitung erlauben. An die Stelle des alten lokalen und nationalen Selbständigkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verleih.

Die chinesische Landwirtschaft wird vom Grund aus geändert werden müssen. Die hohe intensive Kultur mit primitiven Werkzeugen wird dem Anfang der kapitalistischen weniger intensiven Landwirtschaft gewiß nicht stand halten. Eine furchtbare Agrarkrise wird hereinbrechen, die den größten Teil der ländlichen Bevölkerung vom Lande verjagen, ihm seinen urvölkischen Besitz rauben wird. Wenn auch nicht so rasch wie die Industrie, so wird sich doch auch die chinesische Landwirtschaft die moderne Produktionsweise aneignen müssen. Man kann sich an dem Beispiel der Umwälzung, die sich jetzt in der russischen Landwirtschaft vollzieht, gewissermaßen den Prozeß vorstellen, der auch Chinas hat. In Russland dringt der Kapitalismus in die Landwirtschaft immer mehr ein. Der Bauer longtrennt sich in wenigen Händen; der so geplünderte Bauer beginnt mit europäischen Werkzeugen zu arbeiten. Klein zu klein hat einen vorherigen Prozeß durchzumachen: seine Landwirtschaft zu rüsten um seine Geräte zu verbessern. China hat dagegen den intensivsten Feldbau. Es wird daher vielfach umgekehrt von extensiver Betrieb übergehen, d. h. weniger fruchtbaren Boden verlieren; ebenso wird das Feld des kapitalistischen Unternehmens weniger sorgsam bestellt werden. Wird dann der Bauer sich bei Aufrechterhaltung der heutigen Produktionsweise neue Werkzeuge anschaffen, so wird aus der die überflüssigen Arbeitskräfte von sich aufstoßen. Auf jeden Fall wird China zu einem Land werden, das gewaltige Getreidemengen einführen muss, um seine Produktion zu ernähren.

Selbstverständlich wird dadurch der Weltmarktpreis noch etwas erhöht werden. Aber man darf dabei nicht vergessen, daß die Nebenländer Chinas, die Mandchurie, die Mongolei, der östliche Teil des Autostates, noch viel, sehr viel Getreide hervorbringen können, sobald sie durch Eisenbahnen mit dem Innern C. nos verbunden sind. Ebenso wird die südliche Landwirtschaft noch eine ganz andere Entwicklung nehmen, sobald ihr ein relativ naher Markt erschafft wird. Diese Länder werden gleichzeitig auch einen gewölbten Teil der chinesischen ländlichen Bevölkerung aufnehmen. Sicherlich könnte diese an Armut gewohnte Bevölkerung den Boden und Boden von Südamerika befruchten, die Getreideproduktion dieser Länder noch gewaltig steigern. Es ist aber schwer zu sagen, ob bei der in der kapitalistischen Gesellschaft herrschenden Konkurrenz der notwendigen Arbeitskräfte am nötigen Platze sich auch jinken werden, oder ob die Chinesen nicht eher, vom Grund und Boden vertrieben, Hungers sterben oder in Europa den Arbeiterschlachter machen werden.

Die sogenannte Nullfahrt wird häufig übertrieben, wenigstens für die europäischen Arbeiter. Auch der russische Bauer macht dem europäischen Fabrikarbeiter nur geringe Konkurrenz. Die europäische Fabrikarbeit fordert eben einen Arbeiter, den das russische Land nur selten liefern kann; auf jeden Fall wird aber der chinesische Bauer nicht so ohne weiteres in eine modern eingerichtete Fabrik oder in ein Bergwerk geföhrt werden können. Auch in den seeländischen Gruben geht der Prozeß der Herabstufung von eingeborenen Arbeiterschaften nur langsam vor sich. Dabei darf nie aus den Augen gelassen werden, daß China selbst rasche Fortschritte in seiner industriellen Entwicklung machen wird. Wie wir schon bewiesen haben, ist China vielleicht das an Mineralien reichste Land der Welt, besitzt auf jeden Fall die größten Rohstofflager und viel Rohstoffe sowie ausgezeichnete Binnennaherstraßen. Dann bringt China nicht nur Baumwolle, sondern auch Seide rechtlich heraus, so daß es natürlich einen bedeutenden Vorsprung vor der europäischen Textilindustrie hat. Zunächst wird nun die aufstrebende Industrie die Handwerker wohl aufnehmen, die sich der gewerblichen Tätigkeit leicht anpassen können. Aber auch die ländliche Bevölkerung wird hier Zuflucht finden.

Wer die Nullfahrt gewöhnlich ohne die Verhältnisse vorher gesehen zu haben, grau in grau malen will, weiß auf die ungemein große Verdichtungszahl Chinas hin. Wir haben aber schon festgestellt, daß man von einer Überbevölkerung nur sprechen kann, weil China ein überbauteilendes Land ist. Für ein Industrieland ist eine Verdichtung gar nicht zu groß. Eine andere Frage ist: wie wird die Industrialisierung Chinas auf die kapitalistische Welt einfallen? Gewiß werden viele europäische Unternehmer die Konkurrenz Chinas schwierig empfinden. Bislang China noch lange Zeit mit billigen Arbeitskräften zu rechnen hat. Aber auch diese Behaftung darf nicht übertrieben werden. Hat denn Russland Europa keine Konkurrenz machen können? Billige Arbeitskraft ist nicht immer der wichtigste Faktor im internationalen Konkurrenzkampfe. Deutschland war für England nicht gefährlich, weil es kostengünstig und billiges Hobensniveau bedingen auch geringe Arbeitsproduktivität, Unfähigkeit, die modernen Maschinen zu benutzen usw. Was für eine Arbeit verrichten die auf einer höheren

Kulturstufe stehenden italienischen Arbeiter in Deutschland oder in der Schweiz? Erd- und Bauarbeit, leineswegs aber Fabrikarbeit, obgleich sie doch zu niedrigeren Löhnen zu leben sind. Eben weil die Fabrikarbeit nicht von jedem gleich produktiv berichtet werden kann. Sturg: die europäische Industrie, insbesondere die Maschinen- und Verfeinerungsindustrie, hat noch lange keine chinesische Konkurrenz zu fürchten. Nun wird aber darauf hingewiesen, daß mit der Industrialisierung Chinas der angeblich leise Markt für den europäischen Handel verloren geht. Abgesehen von vielen anderen Ländern (Afrika, Weststaaten), für die Europa noch lange arbeiten wird, ist dieser Gedankengang überhaupt grundlos. Nur wie den monopolistischen ausdeutischen Handel mit "Wilden" für den einzigen möglichen Handel mit anderen Ländern betrachtet, kann sich die Sache so vorstellen, als ob der Raum für die kapitalistische Ausdehnung immer enger werde. In der Tat steigt der auswärtige Handel eines Staates mit seiner kapitalistischen Entwicklung. Der Handel zwischen Deutschland und England ist heute bedeutend größer als vor 40 Jahren; ebenso ist der Handel zwischen den westeuropäischen Ländern und Außland über Amerika jetzt größer als vor 20 Jahren. Ebenso wie der internationale Verkehr zwischen China und anderen Ländern mit der Industrialisierung Chinas erheblich ansteigen. Auf jeden Fall werden der europäische und nach mehr der amerikanische und japanische Kapitalismus von dem Industrialisierungsprozeß Chinas dadurch große Vorteile ziehen, nicht allein als Gebieter Chinas, sondern auch als unmittelbare Beteiligter an diesem Prozeß. Die vor unseren Augen sich vollziehende Umwälzung im fernsten Osten, die einige kapitalistischen Absatzgelegenheiten, nicht aber den kapitalistischen Austauschmöglichkeiten eine Grenze setzt, wird eher eine neue Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus einleiten, die bei dem anarchistischen Wesen des Kapitalismus Kriege, Revolutionen und Hungersnöte mit sich bringen wird. Es sei denn, daß der Kapitalismus beizeiten in Westeuropa ein Ende gemacht wird. . . .

Deutsches Reich.

Marokko-Gesamtstaat.

Die Heimlichtuerei, die die Regierung in der Marokkoeffäre von Anfang an beobachtete, geht weiter. Von der gestrigen Sitzung der Budgetkommission weiß man nicht mehr, als daß einige Fragen gestellt wurden. Abg. Bassermann fragte an: Hat Deutschland bei eventuellen Vereinbarungen zwischen Frankreich und Spanien über bestimmte Teile Marokkos Kraft der Algecirasakte mitzureden, falls deutsche Interessen dabei berührt werden sollten? 2. Will sich die Regierung zu der Rede des französischen Ministerpräsidenten Calliau äußern, aus der die Gefahr der Bildung einer schwarzen französischen Armee zu erkennen ist? 3. Könnte nicht die Kriegsverwaltung sich über diese Angelegenheiten gut achtlich äußern?

Abg. Ledebour stellte folgende Frage: Wird der Reichskanzler zur heutigen Sitzung erwarten? Wenn nicht, so erfuhr er, ihn sofort telefonisch herbeizurufen, da der Reichskanzler die Ansicht vertreibt, daß die Chefs der nachgeordneten Reichsämter nur die Politik des Reichskanzlers zu vertreten haben. Aufgedecktes mißte doch der Kanzler bei dieser wichtigen Sitzung selbst zur Stelle sein. Vorsitzender v. Katteby erklärte, der Reichskanzler habe auch von der heutigen Sitzung Kenntnis erhalten, aber, wie gewöhnlich, einem zulässigen Rektorat die Vertretung überlassen. Herr v. Ritter-Wächter werde sicherlich auch die Verantwortung übernehmen. Abg. Ledebour stellte hierauf den Antrag, die Kommission wolle beschließen, daß der Reichskanzler sofort erscheint, in der Sitzung zu erscheinen. Dieser Antrag wird von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dagegen beschloß die Kommission nach einer Rede des Herrn v. Ritter-Wächter über den Gang der Marokkoverhandlungen, daß diese Rede streng vertraulich behandelt werden solle. Gleichzeitig wurde beschlossen, ein Protokoll anzufertigen, das nur teilweise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

Was den Vertretern des Volkes also unter dem Siegel der Geheimhaltung zugeteilt worden ist, werden wir vielleicht erst erfahren, wenn sich ein nationalliberaler Abgeordneter im Pariser Matin darüber äußert — wir können daher auch nicht wissen, ob Herr v. Ritter-Wächter diesmal von dem guten alten Brauch abweichen wird, den Abgeordneten lauter Geschichten zu erzählen, die schon in allen Zeitungen gestanden haben und ihnen dann einen heiligen Eid abzunehmen, daß sie nie, nie ein Wort vom Gehörten weiterlügen würden. Möglich, daß Herr v. Ritter-Wächter diesmal wirklich einiges gesagt hat, was der breiten Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist. Aber, vor wem verbirgt man es? Die europäischen Regierungen sind über den Verlauf der Verhandlungen sicher ausgesiednet unterrichtet, manche von ihnen vielleicht sogar noch besser als die Diplomatie der Wilhelmstraße. Es kann also kaum etwas geben, was der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vor dem Ausland zu verbergen hätte. Sein Interesse an der Geheimhaltung besteht lediglich darin, daß den auswärtigen Regierungen die Gelegenheit zu Mischställungen entzogen wird und daß die breite Masse des deutschen Volkes von den Details seines Heldentums so wenig wie möglich erfährt.

Das Kölner Großkapital für den Marokkoertrag.

Die führenden Kreise des Großhandels und der Industrie in Köln verbindlichen eine Kundgebung, in der die Regierung ihre volle Zustimmung zum französischen Marokkoertrag auszusprechen. Unterzeichnet sind die bedeutendsten Männer des Wirtschaftslebens, darunter Vertreter aller größten Banken, der Großindustrie, Vertreter der Handelskammer usw.

Aus dem Reichstag.

Der dritte Tag des Kampfes um die Schifffahrtsabgaben brachte zunächst eine sehr ausgedehnte Debatte über den Artikel 11, der prinzipiell die Einspeisung von Strombeiträgen vor sieht und die Gebiete bezeichnet, für die sie errichtet werden sollen. Von unserer, von freisinniger und zum Teil auch von nationalliberaler Seite wurde eifrig dafür gekämpft. Oberthür, Obermain, Saale, namentlich aber Wessel und Saar eingezogen. In diesem Sinne sprachen die Genossen Boehle, Strakburg und Frank-Wallau. Entgegen dem Abgeordneten Naumann, der mit Heilbronner Losalgründen seine Zustimmung zu den Schifffahrtsabgaben begründete, erklärte Genosse Hilbenbrand: Einstigart, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten aus Württemberg ihre Haltung gegenüber einer allgemeinen Frage nicht von partikularen Vorteilen abhängig machen. Eine aber nicht hervorragende, aber gar nicht üble Kunglernrede hielt der neu gewählte Internationalistische Vertreter von Konstanz, Schmidt. Das Zentrum wollte bei der Gelegenheit eine Wahldebatte einfacher, brachte sich aber, als es sich über gegnerische Flugblätter littlich entzettelte, nur in die komische Lage des mit Steinen weinenden Mannes im Glashaus oder des über die Sündhaftigkeit der Welt janmenden Beylebub. Die Abstimmungen über den Artikel 2, von denen eine namentlich vorgenommen wurde, ergaben die Ablehnung aller Erweiterungsanträge der Linken. Abgelehnt wurde namentlich auch die Wessel- und Saarionalisierung. So wurden, wie der freisinnige Abgeordnete Oeler nochmals im Laufe dieser Sitzung mit Nachdruck hervorgehoben hatte, die wirtschaftlichen Lebensinteressen eines aufstrebenden Gebiets, deren Förderung gerade von dem sonst so betonten "nationalen" Standpunkt aus geboten wäre, dem Machtgebot der Allgewaltigen von der Ruhe geopfert. Die Anträge auf Regulierung der Lahn waren schon vorher von ihrem christlich-sozialen und altromantischen Urheber zurückgewiesen worden. Hartmannisch in das Gepräge des ganzen Tages fügte sich die Ablehnung des vom Genossen Sothe trefflich begründeten Antrages ein, auch der Arbeiterschaft Sige in den Strombauräten zugubiligen.

Berichterstattungsgesetz für Angeklagte.

Der Kommission wurden in der Abendstunde vom Donnerstag den 18. November eine Anzahl Anträge unterbreitet, die von den bürgerlichen Parteien mit der Regierung vereinbart waren. Die Anträge gelten, daß die Stelle unserer Parteigenossen nicht ohne Erfolg gewesen ist, denn die Angeklagten erhalten einen größeren Einfluß auf die Verwaltung.

Der § 101 der Vorlage, der ein Direktorium der Reichsversicherungsanstalt aus Beamten zusammenfassen will, wird wie folgt geändert: Das Direktorium besteht aus einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von beamteten Mitgliedern sowie aus je zwei Vertretern der versicherten Angehörigen und ihrer Arbeitgeber.

Im Absatz 2 wird hinzugefügt: Bei der Schlussfassung scheiden so viel nicht beamtete Mitglieder aus, daß die Beamten in der Mehrzahl sind. Bis zur Wahl der nichtbeamten Mitglieder ist das Direktorium auch ohne diese beschlußfähig.

Unsere Genossen beantragen im Absatz 2 den nichtbeamten Mitgliedern die Majorität zu geben. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Geschäftsordnung für das Direktorium soll nach Anden des Verwaltungsrates vom Reichskanzler erlassen werden. Über die Amtteilung der Beamten wird in § 102 folgende Änderung vorgenommen: Präsident und Mitglieder des Direktoriums sowie die höheren etatmäßigen Beamten werden auf den Vorschlag des Bundesrates vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Soweit die Ernennung von Mitgliedern und höheren etatmäßigen Beamten nach Bildung des Verwaltungsrates erfolgt, ist derzeit vorher zu hören.

Abg. Voßkoth beantragt, daß auch bei der Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder des Direktoriums der Verwaltungsrat gehört wird. Der Antrag wird abgelehnt, dafür stimmen die Volkspartei und die Sozialdemokratie.

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten des Direktoriums und je zwölf Vertretern der Angehörigen und der Prinzipale. Diese Erhöhung bleibt unverändert. Die nichtbeamten Mitglieder des Direktoriums wählt der Verwaltungsrat auf sechs Jahre. Ferner soll die Dienstdordnung für die Beamten von dem Direktorium mit Zustimmung des Verwaltungsrates erlassen werden.

Von unseren Parteigenossen wurde zu § 103 beantragt, daß der Verwaltungsrat bei der Anlegung des Vermögens und bei der Verzehrung und Erwerbung von Grundstücken mitreden soll. Der Antrag findet von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung. Die übrigen Paragraphen werden ohne erhebliche Änderungen angenommen. Damit ist die Arbeit der Kommission beendet.

Ein Großblöck gegen das bayrische Zentrum?

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus München soll in einer Konferenz eine Vereinbarung zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten getroffen werden, nach der bei den bevorstehenden Wahlen gemeinsam gegen das Zentrum marschiert werden soll. Auch die albtayrischen Bauernbündler und die Konservativen werden sich wahrscheinlich diesem Abkommen anschließen, um so ein geschlossenes Ganzen gegen das Zentrum zu schaffen.